

Medienkonferenz vom 10. Mai 2021

Ein ökologischer und sozialer Arbeitsmarkt für die Schweiz

Aktionsplan von Travail.Suisse für eine soziale Klimapolitik

Die Klimafrage ist eine soziale Frage

Travail.Suisse, der unabhängige Dachverband der Arbeitnehmenden, unterstützt das CO₂-Gesetz, über das am 13. Juni abgestimmt wird, mit voller Überzeugung. Zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens und zur Eindämmung der Erderwärmung braucht es aber zusätzliche Anstrengungen. Mit einem Aktionsplan für eine soziale Klimapolitik fordert Travail.Suisse bereits im Jahr 2040 die Klimaneutralität sowie einen ökologischen und sozialen Arbeitsmarkt.

Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse

Das Datum der heutigen Medienkonferenz von Travail.Suisse ist nicht zufällig einen Monat vor der Abstimmung vom 13. Juni über das CO₂-Gesetz gewählt. Die Vertreterinnen und Vertreter der Travail.Suisse-Mitgliedsverbände im Vorstand haben mit Überzeugung die Ja-Parole dazu gefasst. Im Abstimmungskampf beteiligt sich Travail.Suisse an der breiten Kampagne der Klima-Allianz und deren rund 100 Mitgliedsorganisationen. Wir sind entschieden der Meinung, dass dieses Gesetz unsere Unterstützung braucht, weil es die CO₂-Emissionen als Hauptverursacher des Klimawandels reduzieren will und deshalb das im Moment wichtigste Instrument der Schweizer Klimapolitik ist. Die Schweiz als eines der wohlhabendsten Länder der Welt muss ihren Beitrag zur Erreichung des Pariser Klimaabkommens leisten. Dass sich unser Klima verändert, spüren wir alle, und nicht zuletzt auch viele Arbeitnehmende in ihrer täglichen Arbeit. Aus Sicht der Arbeitnehmenden sind es neben den ökonomischen Argumenten vor allem Argumente im Bereich des Gesundheitsschutzes, die für eine starke Politik gegen die Erderwärmung in der Schweiz und auf der ganzen Welt sprechen. Wärmere Temperaturen – mehr Tropennächte und Hitzetage pro Jahr – erhöhen den Hitzestress und führen zu mehr Kreislauferkrankungen, Allergien häufen sich. Gemäss wissenschaftlichen Studien könnte die Sterberate bis zum Jahrhundertende weltweit um bis zu 3,5 Prozent steigen.

Kampf gegen Klimawandel ist ein Kampf für soziale Gerechtigkeit

Krisen treffen immer die Schwächsten am stärksten, das hat uns gerade die Corona-Krise eindrücklich gezeigt. Dasselbe ist und wird auch bei der Klimakrise der Fall sein. Die durch den Klimawandel erwartete Verschärfung extremer Wetterereignisse wird voraussichtlich mit einem Anstieg der umweltbedingten Flucht und Migration einhergehen. Allein schon deshalb ist der Kampf gegen den Klimawandel auch ein Kampf für soziale Gerechtigkeit und damit ein Thema für die Gewerkschaften. Für Travail.Suisse ist deshalb klar, dass es eine ambitionierte Klimapolitik mit wirksamen Massnahmen braucht. Das CO₂-Gesetz ist deshalb nur eine wichtige Etappe auf dem Weg zum Ziel gemäss Pariser Klimaabkommen, den globalen Temperaturanstieg auf möglichst 1,5 Grad zu begrenzen.

Klimapolitik muss sozial sein – CO₂-Gesetz erfüllt Bedingung

Dieser Weg ist eine Herausforderung für die ganze Gesellschaft. Wir können ihn aber mit politischen Massnahmen gestalten. Dabei muss die Klimafrage als soziale Frage verstanden werden. Travail.Suisse setzt sich ein, dass der Einsatz gegen den Klimawandel sozialverträglich erfolgt. Die von der CO₂-Gesetz-Gegnerschaft kritisierte Verknüpfung von Klima- und Sozialpolitik ist ein

Erfolgsfaktor einer jeden Klimastrategie. Im vorliegenden CO₂-Gesetz wird über die Lenkungsabgabe Rücksicht genommen auf Personen und Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen. Wer seinen CO₂-Ausstoss nicht verringert, zahlt etwas mehr. Wer hingegen wenig CO₂ ausstösst, erhält gar Geld. Dabei werden Ferien mit dem Flugzeug nicht verunmöglicht, sondern mit einer moderaten Abgabe aufgezeigt, welche Auswirkungen das eigene Konsumverhalten auf die Klimaemissionen hat. Zudem wird eine Abgabe für Geschäfts- und Privatflüge eingeführt, deren Hälfte der Einnahmen gleichmässig an die Bevölkerung zurückverteilt wird, der Rest geht in den neuen Klimafonds. Mit diesem Klimafonds werden Sanierungen von Gebäuden finanziert, Investitionen in die Infrastruktur gefördert und Unterstützung für neue, innovative Technologien ermöglicht. Auf diese Weise werden Aufträge und damit Arbeitsplätze im ganzen Land erhalten und neu geschaffen, insbesondere auch in den Randregionen.

Mit diesen Massnahmen muss das Ziel im revidierten CO₂-Gesetz – die Reduktion der Treibhausgasemissionen um 50 Prozent bis 2030 im Vergleich zu 1990 – erreicht werden können. Dies ist ein realistisches Ziel. Das Parlament hat richtigerweise festgelegt, dass von der Reduktion mindestens 75 Prozent in der Schweiz erreicht werden muss. So wird ein starker Impuls gesetzt, Investitionen in den Klimaschutz im eigenen Land zu tätigen. Die EU und die USA wollen ebenfalls enorme Summen in den Klimaschutz investieren, um für die Zukunft gerüstet zu sein, die Wirtschaft nach Corona wieder anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Das CO₂-Gesetz kommt deshalb für die Schweiz zum richtigen Zeitpunkt!

Strukturelle Veränderungen sozialverträglich gestalten

Der Klimawandel ist bedrohlich und beschäftigt die Menschen, dies zeigt die Unterstützung für die Klimabewegung deutlich. Die Klimapolitik bietet aber auch Chancen, wenn die Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft gefördert und sozialverträglich ausgestaltet wird. Travail.Suisse will diese Chancen betonen, blickt bereits auf die nächsten Etappen der Klimapolitik und stellt mit seinem heute präsentierten Aktionsplan Forderungen dafür vor. Das Konzept des gerechten Übergangs muss zu einem Teil der Schweizer Klimapolitik werden und im Gesetz verankert werden (Forderung 4). Die EU hat dieses Konzept, das auch im Pariser Klimaabkommen erwähnt wird, übernommen. Die Internationale Arbeitsorganisation hat dafür entsprechende Leitlinien definiert. Travail.Suisse fordert, dass die Gewerkschaften analog der Privatwirtschaft viel stärker in die Umsetzung eingebunden werden, weil die strukturellen Veränderungen auch Massnahmen auf dem Arbeitsmarkt erfordern (vgl. Massnahme 9). Wirtschaft und Politik müssen den Beschäftigten in Branchen, die im Zuge des Umbaus der Wirtschaft schrumpfen oder gar verschwinden werden, neue Perspektiven schaffen. Konkret: Weiterbildungen und Umschulungen ermöglichen, damit sie eine neue Arbeit finden können. Es braucht einen guten Ausgleich, damit die Klimapolitik von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen und an der Urne unterstützt wird. In der Schweiz müssen «Gelbwesten» verhindert werden wie sie in Frankreich auf eine von der Regierung geplante CO₂-Abgabe entstanden sind.

Nächste Etappe – Klimaneutralität bereits 2040

Der stärkere Einbezug der Gewerkschaften und der Privatwirtschaft ist umso wichtiger, weil Travail.Suisse die Klimaneutralität in der Schweiz bereits 2040 erreichen will – 10 Jahre vor dem Bundesrat (Forderung 1). Die frühere Erreichung des Ziels ist nicht nur gut für die kommenden Generationen, sondern auch für die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft. Nach Inkrafttreten des CO₂-Gesetzes muss sofort die nächste Etappe in Angriff genommen werden. Dabei muss bei allen Massnahmen in den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik in Richtung des Netto-Null-Ziels die Sozial- und Wirtschaftsverträglichkeit berücksichtigt werden und in der langfristigen Klimastrategie der Schweiz ihren Niederschlag finden. Mit dem vorliegenden Aktionsplan zeigt Travail.Suisse wie Klimaneutralität, Energiewende und Energieeffizienz trotz höherer Kosten durch Beschäftigte mit tiefen Einkommen getragen werden können. Nicht nur die Klimajugend und ihre Bewegung «Fridays for Future» fordern ein Recht auf Zukunft und gehen lauthals auf die Strasse, auch die Arbeitnehmenden erheben ihre Stimme für die Zukunft – damit der «Green Deal» auch ein «Social Deal» ist.

Kurz: Travail.Suisse unterstützt das CO2-Gesetz und fordert zeitverzugslos weitere Anstrengungen gegen den Klimawandel, damit die Klimaneutralität bis 2040 durch den gerechten Übergang auf eine soziale Art erreicht werden kann.